Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht 3.00 Mk. monatl. 9.00 Mk. vierteljährl. Bei unsern Filialen u. Annahmestellen abgeholt 4.50 Mk. monatl., 13.50 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 15.00 Mk., monatl. 5.00 Mk. ausschl. Postbestellgeld, Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint zweimal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Festbeilagen höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Küstner. Inhaber: Paul Küstner.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Nr. 337. Dienstag, den 5. Dezember 1911. 105. Jahrgang.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 8 Seiten, die vorliegende Morgennummer 20 Seiten, zusammen

28 Seiten.

Das Wichtigste.

* Der Reichstag trat am Montag in die zweite Beratung der ostafrikanischen Eisenbahnvorlage. Im Verlaufe der Verhandlungen gab Reichsschatzsekretär Wermuth im Anschluß an die Erklärungen in der Budgetkommission ein Exposé über die Reichsfinanzlage, die er als günstiger hinstellte, als man zu hoffen wagte. (S. den bes. Art. und Reichstagsber. Seite 1 und 12.)

* Der Konservative Landesverein des Königreichs Sachsen hielt gestern in Dresden seine Hauptversammlung ab. (S. den bes. Art. Seite 13.)

* Im Berliner Rathaus fand am Montag die erste vorläufige Sitzung der Verbandsversammlung Großberlin statt. (S. Dtschs. Reich. Seite 11.)

* In Urga ist von verabschiedeten chinesischen Beamten die Unabhängigkeit der Mongolei erklärt worden. (S. den bes. Art. Seite 2.)

* Zweihundert Mann englischer Infanterie sind von Hongkong nach Hankau abgegangen.

Noch einmal der Reichstag.

Eine neue Beratung des Reichstags über die auswärtige Politik steht bevor. Wie hatte man die erste herbeigesehnt! Welche Erwartungen waren daran geknüpft worden. Einer Regierung, die monatelang für sich allein gehandelt hatte, wollte der Reichstag zur Seite und entgegentreten. Einer angeblich unfähigen Diplomatie wollte die Volksvertretung zeigen, wie man deutsche Macht und deutsche Ehre schützt. Wer aber vorurteilsfrei jene Verhandlungen des Reichstags vom 9. bis 11. November nachliest, wird bemerken, daß doch manches recht unzulänglich und angreifbar war. Man begegnet da Rednern, die ganz außerordentlich kritisch waren — gegen andere, weniger gegen sich selbst.

Nimmt man die in den Vordergrund der Erörterung gerückte Rede des Abg. v. Heydebrand, so liegt ihre Bedeutung darin, daß sie der Ausdruck einer energischen Volksstimmung war. Diese nationale Energie ist immer wertvoll und wird dadurch nicht weniger wertvoll, daß sie bei einem konservativen Parlamentarier als selbstverständlich erscheint; in der Selbstverständlichkeit liegt vielleicht etwas, was den Wert noch erhöht. Aber wir glauben Herrn v. Heydebrand genau genug zu kennen, um zu wissen, daß er selbst seine Ausführungen vom 9. November nicht für eine Meisterrede über auswärtige Politik hält und daß er für sich gar nicht in Anspruch nimmt, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zuhause zu sein. Er hat sich selbst sogar noch schlechter gemacht; in seiner Verwahrung gegen die Rede des Kanzlers hat er abgewiesen, bessere Vorschläge machen zu wollen, und dem Reichstage lediglich die Aufgabe der Kritik zugeschrieben. Damit verkannte er das Wesen der Kritik; es gibt keine Kritik, die nicht darauf beruhte, daß an das kritisierte Werk der Maßstab des Guten gelegt wird. Sagt der Musikkritiker, das Tempo einer Ouvertüre sei zu schnell gewesen, so sagt er damit, daß ein langsameres Tempo richtig gewesen wäre. Auch Herrn v. Heydebrands Rede gab, soweit sie klare Kritik enthielt, zugleich auch positive Direktiven. Das Wichtigste war der Gedanke, die Regierung hätte für die deutschen Ansprüche in Marokko sich Freiheit vorbehalten und sie später zu gegebener Zeit in die Tat umsetzen sollen. In einem konservativen Blatte ist der Vorschlag ergänzt worden durch den Hinweis, daß Frankreich gegenüber dem englischen Vorgehen in Aegypten diese hinhaltende Politik bis zum Jahre 1904 beobachtet habe. Angenommen, man könnte diesem Hinweis sachliche Bedeutung oder sogar Berechtigung zuerkennen, so kann sich doch niemand darüber täuschen, daß, wenn die Regierung mit dieser Politik vor den Reichstag getreten wäre, sie noch weniger Zustimmung gefunden hätte, als es geschehen ist. Man dürfte nicht fehlgehen in der Vermutung, daß sie dann mit dem Vorwurfe der Entschlußunfähigkeit niedergeschlagen worden wäre, und daß Herr v. Heydebrand sich daran beteiligt hätte, die abwartende Haltung ihr zur Schwäche anzurechnen. Wäre die Politik des Abwartens die richtige, sei es in der marokkanischen Frage oder in irgend einer anderen, so würde das Reichsparlament und gerade auch das Auftreten des Herrn v. Heydebrand der Regierung das Festhalten an dieser Politik außerordentlich erschwert haben. Die Woge der nationalen Leidenschaft, von der sich Herr von Heydebrand zur Höhe tragen ließ, ist geeignet, kühle Berechnungen zu verdrängen und die Neigung zu stärken, vom gegenwärtigen Moment und von Volksentscheidungen das Letzte zu erwarten.

Eine Politik der kühlen Berechnung und des Abwartens hätte weiter zur Voraussetzung eine besondere Stetigkeit der Leitung, die sich immer noch leichter im „Kabinett" als in einer parlamentarischen, dem Personen- und Systemwechsel ausgesetzten Körperschaft findet. Sogar die unvolkstümliche „Heimlichkeit" der Politik wäre kaum zu entbehren. So ergeben sich die schwersten Widersprüche zwischen dem Auftreten des Herrn von Heydebrand und seinem grundlegenden positiven Vorschlage. Im übrigen möchte man wünschen, daß die hervorragende Energie und die Erfindungsgabe des konservativen Parteiführers für die äußere Politik nutzbar gemacht werden könnte. Die Gabe, in allen Lagen immer den Punkt zu erkennen, wo der Hebel zur Förderung der eigenen Parteiinteressen eingesetzt werden kann, diese Gabe, die dem Abg. von Heydebrand in den letzten Jahren eine so entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der innerdeutschen Politik verschafft hat, müßte auch in den äußeren Händeln, die dem Kampfe der Parteien wesensverwandt sind, sich fruchtbringend erweisen.

Der zweite gefährliche Kritiker war Abg. Bassermann. Er hat sich länger als Heydebrand mit auswärtiger Politik beschäftigt und schon seit vielen Jahren dazu das Wort genommen. Wir wissen, daß auch er sich nicht für den großen Könner hält, der berufen wäre, aus schwachen Händen das Steuer der Politik in die eigene starke zu nehmen. Daher wäre es wohl ungerecht, diesen Maßstab anzulegen. Wenn aber ein Vorurteilsfreier die Rede Bassermanns vom 9. und die Erwiderung Bethmanns vom 10. November miteinander vergleicht, wird er der Meinung zuneigen, daß zum mindesten in den Punkten, die der Kanzler herausgegriffen hat, dieser die bessere Sache vertrat, mithin hierin nicht Bethmann von Bassermann, sondern Bassermann von Bethmann lernen konnte. Wir wissen, daß der Parteigeist vielen erschwert, ein solches Urteil zu fällen, aber wir sehen im servilen Parteigeist eine Gefahr für die deutsche Entwicklung. Es entspräche auch nicht der nationalliberalen Ueberlieferung, sondern wäre eine neue Erscheinung, wenn in einer Meinungsverschiedenheit zwischen Kanzler und nationalliberalem Fraktionsführer über auswärtige Politik Folgsamkeit gegen den Parteiführer verlangt würde. Nationalliberal sein, heißt nicht, sich die fremdländische und schon im Ausdruck durch und durch undeutsche Phrase: „Geste von Agadir" oder die ebenfalls deutschfeindliche Ausstreuung, die Fahrt der Italiener nach Tripolis stehe mit Agadir im Zusammenhang, sich zu eigen zu machen. Bassermann hat das im Reichstage und noch offener auf dem Berliner nationalliberalen Parteitage getan, hat damit aber selbstverständlich nicht den stürmischen Beifall der Delegierten gefunden, der ihm bei anderen Stellen seiner Rede zuteil wurde. Selbstverständlich. Denn Männer, die von der nationalen Erregung erfüllt sind, sind damit noch nicht gehalten, irgendwelche deutschfeindliche Darstellungen nachzusprechen. Die breiten Volksschichten verstehen so fremdartige Wendungen überhaupt kaum.

Aber die Parteien haben ihre Führer gedeckt! Sicherlich. Doch das ist bei politischen Parteien, die um die Macht kämpfen, ein Vorgang, dem keine besondere Bedeutung beizumessen ist. Dem Abgeordneten v. Heydebrand sind ausdrücklich Vertrauenskundgebungen erteilt worden. Dadurch wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die konservative Presse vor der Rede Heydebrands die auswärtige Politik anders beurteilt hat. Das konservative Blatt, das vom deutschen Reichskanzler und vom englischen Minister wegen seiner anfänglichen ruhigen Beurteilung der Rede Lloyd Georges — die nach des Kanzlers Ausspruch erst durch die deutschfeindlichen Preßerläuterungen und dadurch, daß diesen nicht von der englischen Regierung entgegengetreten wurde, ihre hohe Bedeutung erhielt — erwähnt wurde, war unseres Wissens kein anderes als die „Kreuzzeitung". Man konnte nach Heydebrands Rede in diesem Blatte das Ringen zweier Beurteilungsarten unterscheiden; auf der einen Seite stand das Urteil von Leuten, die sich gewohnheitsmäßig ruhig und sachlich mit auswärtigen Dingen zu befassen pflegen, auf der anderen Seite der parteipolitische Gedanke, der die Frage unter den Gesichtspunkt der Machtpolitik der Partei brachte und in seinen Mitteln nicht wählerisch war. Von dieser Seite kam die in der „Kreuzzeitung" veröffentlichte Schilderung der Stimmung der Budgetkommission, die man als zutreffend heute wohl nicht mehr ausgeben wird.

In seiner gedankenreichen Schlußansprache vom nationalliberalen Parteitage hat der Abgeordnete Stresemann gesagt, das deutsche Volk sei im Innersten monarchisch. Diese Gesinnung beschränke sich nicht darauf, daß es den Fürsten geben wolle, was die Verfassung ihnen zuweise, sondern daß es Führer zu haben wünsche. Die Behauptung trifft auch in der negativen Form zu, daß das deutsche Volk lieber jahrelang auf die Führung schimpft, ehe es seine Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt. Wer aber wirklich eine Führung will, soll nicht durch zu weit gehende Kritik die Neigung abtöten, zu folgen und die Gefolgstreue zu halten. Wenn man in den brodelnden, tosenden Orkus der heutigen Kritik schaut, in dem jeder etwas anderes sagt als der andere, aber jeder auf die Führung schimpft, wird es zweifelhaft, ob es im Ernstfalle noch gelingt, diese wild durcheinander schreienden Massen zur Einheit zu machen. Auch Bismarck hat nur auf kurze Zeitstrecken diese Einigkeit herzustellen vermocht. Wenn die Führung durch die jetzige Regierung so schlecht ist, wie behauptet wird, dann müßte um so strahlender das Wirken großer, zielsicherer Parlamentarier aufleuchten, etwa nach dem Muster der englischen Parlamentsführer des 18. Jahrhunderts. Die Reichstagssitzungen vom 9. bis 11. November haben uns trotz manchem trefflichen Worte, auch in den Reden der Abgg. Schultz, v. Liebert und Haußmann, solche Meisterschaft nicht enthüllt. Wir warten, daß sich die großen Könner am 5. Dezember dem Volke zeigen. Mögen kurze oder lange Erklärungen von den Parteiführern abgegeben oder mag gar der Hader der Parteien durch eine gemeinsame Kundgebung überbrückt werden, wir wollen jetzt den Ton der abgeklärten ruhigen Meisterschaft hören. Nichts Kleinliches oder Unzulängliches!

Der Ausbau der ostafrikanischen Zentralbahn.

Der scheidende Reichstag, der dem kolonialen Gedanken als Wahlparole seine Zusammensetzung verdankt und auf kolonialem Gebiet Respektables zustande gebracht hat, hat sein Werk durch eine Eisenbahnvorlage gekrönt. Allerdings ein wenig unfreiwillig, denn die Kolonialverwaltung hat ihn zur raschen Verabschiedung der Zentralbahn-Vorlage in aller Form genötigt. Wenn wir davon absehen, daß die Kolonialverwaltung die für die Durchpeitschung der Vorlage maßgebend gewesenen Gründe schon längere Zeit gekannt haben muß und diese ebensogut schon vor einigen Monaten hätte einbringen können, so läßt sich sachlich gegen den Weiterbau der Zentralbahn bis zum Tanganjika nichts einwenden. Wie unsere Leser wissen, haben wir früher von unserer Gegnerschaft gegen die Idee der Zentralbahn kein Hehl gemacht, und wir sind mit vielen ernsthaften Kennern der Verhältnisse auch heute noch der Ansicht, daß es vorteilhafter für die Entwickelung Ostafrikas gewesen wäre, wenn wir das zentralafrikanische — Seengebiet zunächst auf einem kürzeren Wege erreicht hätten. Aber diese Erwägungen sind jetzt gegenstandslos.

Die Zentralbahn hat mit ihrem Unterbau den vorläufigen Endpunkt, Tabora, nahezu erreicht und wird im Laufe des Jahres 1912 betriebsfertig werden. Schon in den nächsten Monaten wird es notwendig sein, die Linie über Tabora hinaus weiter vorzustrecken, wenn nicht die große Bauorganisation aufgelöst werden soll. Das wäre natürlich hervorragend unwirtschaftlich und kann ernsthaft nicht in Frage kommen. Die Bahn muß weitergebaut werden, denn so wie sie jetzt ist, ist sie ein unbrauchbarer Torso, der in alle Ewigkeit nicht rentieren, vielleicht kaum die Betriebskosten aufbringen würde. Der gegenwärtige Reichstag hat bei Bewilligung der großen, wenig wirtschaftlichen Strecke bis Tabora trotz mannigfachen sachlichen Widerspruchs A gesagt und muß nun auch selbst noch B sagen.

Der springende Punkt bei der ostafrikanischen Eisenbahnpolitik ist eben die Erreichung des Seengebiets, das ein gewaltiges Sammelbecken des zentralafrikanischen Handelsverkehrs zu werden verspricht. Was dazwischen liegt, wird auf der ostafrikanischen Seite kaum eine besondere Rolle spielen, denn die großen Inlandbahnen — die englische Ugandabahn so gut wie die deutsche Zentralbahn — müssen große tote und menschenarme Strecken überwinden. Ihre Rentabilität beginnt erst in der Nähe des Seengebiets, bei unserer Bahn hinter Tabora. Was uns die Beschleunigung des Bahnbaus besonders wünschenswert erscheinen läßt, ist der Umstand, daß wir zwar voraussichtlich nicht die ersten sein werden auf dem Tanganjika, diesem großen Binnenmeer, dessen langgestreckte Ufer geradezu eine zweite Küstenlinie bilden, an der von allen Seiten der Eisenbahn die Güter zufließen können, der wir aber immerhin etwa gleichzeitig mit den Belgiern unseren Weg nach der Küste fertig haben werden. Da die belgische Kombination des Kongo-Wasserwegs mit verschiedenen Eisenbahnlinien im Vergleich mit unserer direkten Eisenbahn natürlich mancherlei Schattenseiten aufweist, so liegt die Situation für uns verhältnismäßig günstig. Die gegenüberliegenden Uferlandschaften des Kongobeckens dürften teilweise in den Wirkungsbereich unserer Bahn fallen. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß mit der Vollendung der Eisenbahn die Einrichtung eines leistungsfähigen Schiffahrtsbetriebs auf dem Tanganjika Hand in Hand geht.

Jedenfalls läßt sich heute schon mit einiger Sicherheit sagen, daß die Tanganjikabahn eine große Zukunft hat und unserer Kolonie mit der Zeit einen beträchtlichen Aufschwung bringen wird. Wir sagen: mit der Zeit, denn vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt. So schmerzlos werden die Erfolge nicht kommen, wie zahlreiche ordentlich lyrische Propagandaartikel in verschiedenen Tageszeitungen in letzter Zeit glauben machen wollten. Man soll sich die Sache nicht zu leicht vorstellen und nicht Hoffnungen erwecken, die sich nach Lage der Dinge nur langsam erfüllen können. Gewiß, wenn wir die Ersten am See sind, so werden wir gewissermaßen den „Rahm" abschöpfen — wenn solcher in nennenswerter Menge vorhanden ist. Das wird uns unsere Aufgabe vielleicht im Anfang erleichtern. Aber bald werden sich auch die Belgier rühren, die, wenn sie ihren Kongoweg richtig ausbauen, unserer Zentralbahn sehr konkurrenzfähige Verkehrswege erstehen lassen können und werden. Und der Wettbewerb dieser belgischen Verkehrswege wird um so ernster sein, da diese nicht in dem Maße wie die Zentralbahn tote Strecken zu überwinden haben, sondern auf ihrem Verlauf Kautschuk-, Holz- und mineralreiche Landschaften durchqueren. Unsere Bahn wird sich also auf scharfe Tarifkämpfe einrichten müssen.

Ueberdies darf der erste Ertrag des Tanganjikaverkehrs, der „Rahm", den wir abschöpfen wollen, nicht überschätzt werden. Die Uferlandschaften des Sees sind im allgemeinen noch wenig entwickelt, jedenfalls noch nicht auf eine nennenswerte Ausfuhrproduktion eingerichtet. Sie sind auch durch die Sklavenjagden der Araberzeit und die Wirkungen der Schlafkrankheit in neuerer Zeit stark entvölkert. Wir werden also mit der Zentralbahn nur dann auf die Dauer etwas erreichen, wenn wir gewillt sind, am See intensive Kulturarbeit zu leisten, und der Reichstag hätte gut getan, wenn er seine Zustimmung von gewissen Garantien in dieser Richtung abhängig gemacht hätte. Den Raubbau der Belgier wollen wir nicht mitmachen, denn sonst kann es uns ähnlich ergehen wie diesen: es wird ihnen im Augenblick schwer, ohne fremde Hilfe die Gunst der Verhältnisse auszunutzen und das Stromsystem des Kongo zu einem großen zentralafrikanischen Verkehrsnetz auszugestalten. Auch bei uns wird es sich darum handeln, den Wirkungsbereich der Zentralbahn nach entwickelungsfähigeren Landschaften, als sie jetzt durchquert, auszudehnen. Das wird Opfer kosten, die nur dann freudig gebracht werden können, wenn die Hauptbahn das hält, was sie versprochen hat.

Noch eins: im Zusammenhang mit der obenerwähnten Propaganda für den Ausbau der Zentralbahn ist bereits für weitgehende Verkehrspläne Stimmung gemacht worden, in einer Richtung, die Bedenken erregt. Es würde hier im Augenblick zu weit führen, darauf näher einzugehen, es wird vielmehr abzuwarten sein, was im nächsten Kolonialetat bezüglich des Eisenbahnnetzes gesagt wird. Wir möchten aber doch den maßgebenden Stellen empfehlen, in dieser Richtung sich nicht festzulegen und nichts zu überstürzen. Wenn die Vorlage über die Linie Tabora—Tanganjika gewissermaßen durchgepeitscht wird, so ist das sachlich gerechtfertigt, aber alles weitere muß ernstlich überlegt werden. Eine falsche Verkehrspolitik in Ostafrika kann uns unseren Nachbarn gegenüber in der ferneren Zukunft den Wettbewerb dauernd erschweren!

Reichsfinanzreform und Petitionen.

(Stimmungsbild aus dem Reichstage.)

J. Berlin, 4. Dezember. (Drahtm.)

Die Petitionen sind ein buntscheckiges Volk. Da werden Wünsche geäußert über das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe, das Verdingungswesen, die Stellenvermittlung, das Strafgesetzbuch, das Hufbeschlaggewerbe, über private Anstalten zur Beförderung von Briefsendungen, über Bau einer dritten Vogesenbahn und andere Bahnen, Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Gärtnerei, Verdeutschung des fürchterlich fremdartigen Postvermerks: „Frei laut Aversum", Kalenderreform und Festlegung des Osterfestes, Gewerbliche Einigungsämter, Frachttarife für Getreide und Mehl, Erwerb und Verlust von Staatsangehörigkeit und über weibliche Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften. An eine Petition betr. Einführung des Schutzzolles für frische Fische und Heringe knüpfte sich eine längere Besprechung. Abg. v. Treuensels (Kons.) stellte sich zu dem Gedanken freundlich und wies auf die schwierige Lage der Fischer hin. Mehrere Abgeordnete von der Waterkant sprachen aber dagegen, zunächst ein sozialdemokratischer, dann ein fortschrittlicher. Der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Burckhardt trat den Ausführungen des Fortschrittlers an die Seite, und es blieb beim Beschlusse der Kommission, der die Petition weder der Berücksichtigung, noch der Ueberweisung als Material würdig erklärt hatte.

Das Haus ging dann zur Reichsfinanzreform über. Sie stand zwar nicht auf der Tages-